

2016-02-22

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
12.01.2016

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:25 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Fraktion der SPD**

Tschammer, Hans

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

#### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte den Antrag, die Tagesordnung zu ändern. Zum einen sollte der Punkt 6.11 „Kommunale Richtlinie zur Mittelvergabe aus dem Städteprogramm ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren‘ – Verfügungsfonds“ gestrichen werden, da er nicht in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters behandelt wurde.

Weiterhin sollte der Punkt 6.9 „Gesamtmaßnahmebeschluss Sanierung und Ausstattung der Sekundarschule ‚An der Biethel‘“ vorgezogen werden, um den anwesenden Planern eine lange Wartezeit zu ersparen. Er wird zum neuen TOP 6.1, alle weiteren verschieben sich nach hinten.

Dagegen wurden keine Einwände vorgebracht. Die geänderte Tagesordnung wurde zur Abstimmung gestellt.

## Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde geändert bestätigt.

### **3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 24.11.2015 erfolgten Beschlussfassungen:

*Rahmenvereinbarung mit dem Saarländischen Schwesternverband e.V. vom 19.07.2012 / 09.07.2012 – 1. Nachtrag  
Vorlage: BV/321/2015/VI-63*

*Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderung.*

*Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0*

### **4 Einwohnerfragestunde**

Herr **Sven Behrend, Pappelgrund 30**, berichtete, er habe in der Sitzung vom 08.09.2015 eine Anfrage zur Kapazitätsentwicklung im Stadtarchiv gestellt und eine schriftliche Antwort zugesichert bekommen. Diese Zusicherung wurde am 24.11.2015 wiederholt, da bis dahin noch keine Antwort ergangen war. Mit dem nunmehr erhaltenen Schreiben des Amtes für Kultur zeigte sich Herr Behrend jedoch sehr unzufrieden. Daraus ginge seiner Meinung nach hervor, dass eine eventuelle Lösung im Jahr 2016 gefunden werden soll. Dies sei inakzeptabel, so Herr Behrend.

**Herr Kuras, Leiter des Kulturamtes**, gab an, dass das besagte Antwortschreiben von Herrn Dr. Kreißler, Leiter des Stadtarchivs, die Arbeitsrichtung dargestellt hatte. Demzufolge wird das historische Archiv zur Miete in das Landesarchiv Sachsen-Anhalt in den Wasserturm ziehen. Dafür laufen derzeit alle Vorbereitungen, so dass der Umzug im September 2016 erfolgen soll. Damit werden die Kapazitätsprobleme vor allem des historischen Archivs gelöst. Darauf aufbauend können auch die übrigen Probleme gelöst werden.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sicherte **Herrn Behrend** diese präzisierete Antwort nochmals schriftlich zu. Dieser gab sich zwar damit zufrieden, gab jedoch zu bedenken, dass die Kapazitätsprobleme bis zum September noch bestehen. Der Bestand sei vorerst umfassend gesichert und eine Lösung in Sicht, so **Herr Schönemann**.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

## **5 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **5.1 Fortschreibung Nahverkehrsplan der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/353/2015/VI-66**

Es wurden keine Fragen geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### **5.2 Zwischenstand Umsetzung Masterplan Bauhausstadt**

**Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur**, gab an, dass es keine wesentlichen neuen Erkenntnisse im Vergleich zum Sachstandsbericht vom November 2015 gebe.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erkundigte sich, ob es zur Umsetzung der im Stadtrat vorgestellten Idee eines Intendanten für das Jubiläumsjahr bereits erste Aktivitäten gibt. Daraufhin **berichtete Herr Kuras**, dass dieser Gedanke von der Stiftung Bauhaus Dessau begrüßt wurde. Zur weiteren Abstimmung wird ein Gesprächstermin stattfinden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### **5.3 Informationen des Dezernats für Stadtentwicklung und Umwelt**

#### *Ersatzneubau Muldebrücke BW 11*

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, berichtete, dass die Arbeiten seit dem 07.01.2016 wieder aufgenommen wurden. In Achse 10 wird der Aushub des Widerlagers fortgesetzt. Am Mittelpfeiler beginnen die Schalungsarbeiten. An Achse 30 haben die Arbeiten zur Rückverankerung des Baus begonnen, die Spundwände wurden eingebracht.

Zwar wird derzeit planmäßig weitergebaut, trotzdem kam es zu Bauablaufstörungen. Diese liegen vorrangig im Baugrund begründet, welcher sich anders gezeigt hatte als angenommen. Die Überwindung dieser Störungen gehört jedoch zu den ohnehin geplanten Aufwendungen. Die Stadt hat großes Interesse daran, dass der Auftragnehmer (AN) seine Kapazitä-

ten trotz der Störungen so einsetzt, dass die vertraglich geschuldete Leistung erbracht wird, ohne Zuschläge zu provozieren.

Der neue Bauablaufplan des AN mit Fertigstellungstermin Mitte 2017 wurde von der Stadt abgelehnt. Zur Bauüberwachung ist deshalb auf Drängen der Stadt vom AN die Firma Schüßler-Plan einbezogen worden. Weiterhin wurde die Arbeit mit dem Rechtsanwaltsbüro Messbert aus Potsdam intensiviert, um den Bauablaufplan zielgerichtet durchzusetzen.

Nachträge in Höhe von 1,2 Mio. EUR sind geprüft, Nachträge im Umfang von 300.000 EUR befinden sich derzeit in Prüfung, weiterhin liegen unbearbeitete Nachträge über 700.000 EUR vor. Damit ist das Gesamtbudget von 18,15 Mio. noch nicht überzogen, für den Haushalt 2016 ergibt sich somit vorerst kein Handlungsbedarf. Die Kostenprognose zeigt jedoch, dass das Risiko eines Mehrbedarfs besteht. Über die Weiterentwicklung wird im Bauausschuss rechtzeitig informiert.

**Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, zeigte sich verwundert darüber, dass angesichts des Bauverzugs zum Jahreswechsel nicht gearbeitet wurde. Dies sei von Anfang an vertraglich so vereinbart gewesen, da der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen an diesen kurzen Tagen nur sehr gering ist, so **Herr Pfefferkorn**. Nichtsdestotrotz werde weiterhin auf der Einhaltung des Fertigstellungstermins beharrt. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erfragte diesen verbindlichen Termin. Vertraglich vereinbart ist die Fertigstellung im September 2016, so **Herr Pfefferkorn**.

**Frau Benckenstein** wollte weiterhin wissen, ob die die Kosten für die Bauüberwachungsfirma sowie für die längere Bereitstellung der Behelfsbrücke bereits in den angegebenen zusätzlichen Kosten enthalten seien. **Herr Pfefferkorn** gab daraufhin an, dass eine Firma zur Bauüberwachung ohnehin vorgeschrieben sei. Die Firma Schüßler-Plan wurde von der ursprünglichen Firma zur Unterstützung selbst beauftragt, so dass diese auch die Kosten dafür trägt. Für die Stadt bedeutet dies keine zusätzlichen Aufwendungen.

Nach **Herrn Schönemanns** Ansicht müsse sich die Verwaltung im Bereich des Nachtragsmanagements entwickeln, um den teils sehr guten Kenntnissen in der freien Wirtschaft begegnen zu können. Er wollte wissen, inwieweit hier bereits Anstrengungen unternommen wurden. Hierzu gebe es bereits Überlegungen seitens der Fachämter, so **Herr Pfefferkorn**. Genaueres solle die Zusammenarbeit mit der neuen Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Schlonski, ergeben. Herr Schönemann unterstützte dies. Es sei vor allem wichtig, die Akzeptanz und Reputation in der Bevölkerung wieder zu erlangen.

#### Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Der Antrag für personelle Unterstützung wurde beim Personalamt gestellt und befindet sich derzeit in Prüfung, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**. Sobald Verstärkung da ist, wird die Arbeit wieder aufgenommen.

#### Umgestaltung Kavalierstraße in Dessau-Roßlau

**Frau Jung, Tiefbauamt**, berichtete das im Oktober ein Gespräch zwischen Herrn Minister Webel und dem Oberbürgermeister zur Finanzierung stattgefunden hatte. Demzufolge wolle das Land die Stadt unterstützen. Der Straßenbau werde aus dem Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ – Programmjahr 2016 gefördert. Der entsprechende Antrag wurde im November gestellt, zusammen mit dem Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn. Eine Genehmigung liegt jedoch noch nicht vor. Für den Gleisbau wird das Land ÖPNV-Fördermittel bis zu 90 % der förderfähigen Kosten bereitstellen. Auch hierfür wurden die notwendigen Anmeldungen eingereicht. Der Antrag auf Fördermittel wird im ersten Quartal 2016 gestellt. Die DVG bereit derzeit alles entsprechend vor.

Man befinde sich nach wie vor in der Entwurfsplanung, so **Frau Jung**. Derzeit werden die Erkenntnisse aus der Begutachtung der Bäume, ebenso wie das Beleuchtungskonzept eingearbeitet. Parallel dazu laufen die Planungsleistungen für die medientechnische Versorgung durch die DVV. Eine genaue Abstimmung mit den Plänen des Bauhausmuseums muss noch erfolgen.

Die 12. Klassen des Philantropinums haben Schülerarbeiten zur Gestaltung der Plätze vor dem Fahrradladen an der Museumskreuzung, vor McDonalds und vor „Druschke“ ausgearbeitet. Diese werden nun für eine Präsentation in der Öffentlichkeit aufgearbeitet und sollen anschließend auch im Bauausschuss diskutiert werden.

Die Prüfaufträge aus der Sitzung im April sind bearbeitet und werden in der nächsten Sitzung vorgestellt, sobald sie mit der neuen Beigeordneten Frau Schlonski besprochen wurden.

Im Jahr 2016 sind erste Realisierungsschritte vorgesehen. Dies ist zum einen der Umbau des Knotenpunkts am August-Bebel-Platz, der bis zum Leopoldsfest abgeschlossen werden soll. Danach soll der Mischwasserkanal in der Kavalierrstraße saniert, sowie Baumaßnahmen im Bereich der Antoinettenstraße umgesetzt werden.

Für das Bauhausmuseum ist bereits ein Fördermittelbescheid über 1,9 Mio. EUR ergangen, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, der zur Freimachung des Baufelds, zur Arrondierung des Parks und dem Bau des Parkplatzes, sowie zur verkehrlichen Erschließung von der Friedrichstraße dienen soll. Maßnahmen zur Baufeldfreimachung sollen in Abstimmung mit der Stiftung Bauhaus Dessau nach dem Leopoldsfest durchgeführt werden. Diese sollen am 31.10.2016 abgeschlossen sein, so dass das Grundstück im November übergeben werden kann. Verhandlungen mit den Siegbüros zur Gestaltung des Parks und des Parkplatzes sind abgeschlossen. Die Unterlagen befinden sich derzeit zur Prüfung im Rechnungsprüfungsamt. **Frau Jahn** ging davon aus, dass diese im Januar abgeschlossen sein wird, so dass der Zuschlag an ein Planungsbüro ergehen kann.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, wollte wissen, inwieweit die Umverlegung des Elberadwegs bereits in die Planung integriert sei. **Herr Link, Tiefbauamt**, gab an, dass man im Bereich Einmündung Antoinettenstraße/Friedrichstraße die Radverkehrsführung bereits intensiv betrachtet habe. Diese Detailplanung läuft auch unter dem Aspekt einer möglichen Verlegung des Elberadwegs in diesen Bereich. **Herr Link** gab jedoch zu bedenken, dass man im innerstädtischen Bereich keine separate Trasse finden wird. Stattdessen muss sie in das städtische System integriert werden. **Herr Meier** begrüßte diese Ansätze und regte weiterhin eine Verzahnung des Mulderadwegs mit dem Elberadweg an, um diesen attraktiver zu machen.

Weiterhin erkundigte sich **Herr Meier**, ob eine geplante Umverlegung in irgendeiner Form bei der Landesverwaltung angemeldet wurde. Nach seiner Kenntnis sei eine hohe Förderung solcher Projekte möglich. Bevor Anträge gestellt werden können, muss man sich innerhalb der Stadt auf eine Variante verständigen, so **Herr Link**.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erkundigte sich nach dem Stand im bisher unbearbeiteten Bereich Antoinettenstraße/Friedensplatz. Laut **Herrn Link** ist dort ein sogenannter Schutzstreifen geplant. Der Randfahrstreifen auf der östlichen Seite soll erhalten bleiben. Dies befindet sich noch in Prüfung bei der Verkehrsbehörde.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, erkundigte sich noch einmal, ob die archäologischen Untersuchungen bei der Baufeldfreimachung bis zum 01.10. dabei seien. Dies bestätigte **Frau Jahn**.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hielt einen Sachstandsbericht zum Bauhausmuseum in Form eines Stadtgesprächs für wichtig. Ebenso hätte der offene Kanal großes Interesse angemeldet, zu berichten. Er fragte deshalb, wann mit einem Bericht zu rechnen ist. **Frau Jahn** erbat sich auch in diesem Bereich etwas Geduld, da man den Gesamtprozess zunächst mit Frau Schlonski abstimmen müsse. Dafür zeigte **Herr Schönemann** Verständnis, fragte aber trotzdem nach dem geplanten Zeithorizont. Daraufhin gab Frau Jahn an, dass man im Frühjahr mit einer Information der Öffentlichkeit rechnen könne. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, sicherte eine umfassende Information der Öffentlichkeit zu, da sie diese für äußerst wichtig halte.

#### Ersatzneubau „Südschwimmhalle“

Die Ausführungsplanung läuft auf Grundlage der gefassten Beschlüsse und des eingereichten Antrags auf Fördermittel, berichtete **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**. Ende Dezember 2015 hatte man den vorzeitigen Maßnahmebeginn endlich erhalten, so dass seit dem 01.01.2016 auch Bauaufträge ausgelöst werden können. Deshalb sollen die Vergabeverfahren nun mit Hochdruck durchgeführt werden. Der Auftrag zur Baumfällung und Rodung wird noch im Januar vergeben werden. Weiterhin sind Ausschreibungen für Bohrpfahlgründung und Wasserhaltung erfolgt. Ausschreibungen von Medientrassenerschließung, Baufeldfreimachung und Baustelleneinrichtung werden derzeit vorbereitet. Danach folgen Erdarbeiten und Rohbau. Wenn diese Ausschreibungen problemlos verlaufen, kann voraussichtlich im Mai mit den Arbeiten begonnen werden.

## 5.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Auf Grund seines Austritts aus der Fraktion der CDU ist Herr Trocha auch nicht mehr Mitglied im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Demzufolge muss ein neuer stellvertretender Vorsitzender gewählt werden. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bat die Fraktionen sich zu diesem Thema zu verständigen, damit die Neuwahl in der nächsten Sitzung erfolgen kann.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, kritisierte, dass hinsichtlich des Stadtparkbrunnens bisher nichts unternommen wurde. Er schlug den 01.03.2016 als Termin für eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport und des Beirats für Stadtgestaltung zusammen mit der Künstlerin vor. Die Einladung zur Sitzung sollte seiner Meinung nach das Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt organisieren. Auch der Anhaltische Kunstverein sollte laut **Herrn Otto** integriert werden.

Zur Kunst im öffentlichen Raum gebe es bereits eine Arbeitsrichtung, so **Herr Schönemann**. Über diese und eine geplante Veranstaltung zum Thema sei der Kunstverein bereits informiert. Nach **Herrn Ottos** Ansicht sollten beide Themen jedoch nicht voneinander getrennt betrachtet werden.

**Herr Schönemann** gab an, dass zunächst die Fraktionen eindeutig ihre Positionen und Vorschläge äußern sollten. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, fragte in diesem Zusammenhang, ob es nicht sinnvoll wäre, zunächst noch die genauen Pläne zur Gestaltung des Museumsumfeldes abzuwarten. Darauf gab **Frau Jahn, Leiterin des**

**Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, an, dass die Architekten tatsächlich von der Stiftung den Auftrag zur Komprimierung erhalten hätten, um kenntlich zu machen, wie viel Raum zwischen dem Baukörper und dem Brunnen bleibt. Zudem wolle sie die Vorschläge zur Umfeldgestaltung zunächst mit Frau Schlonski besprechen. Aus diesem Grund hielt sie den 1. März für zu früh. Ein konkreter Termin soll in der nächsten Sitzung des Bauausschusses genannt werden.

Weiterhin gab **Herr Otto** an, dass seine Fraktion mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters in seiner Neujahrsansprache zum Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße nicht zufrieden sei. Aus diesem Grund wünscht man sich einen konkreten Terminplan in der nächsten Stadtratssitzung.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, gab an, dass es Reaktionen aus der Bürgerschaft gegeben habe, ob der Ostrandstraße tatsächlich eine so hohe Priorität eingeräumt werden solle. Andere Projekte, beispielsweise in Vorbereitung auf die Jubiläumsjahre, seien vorrangig wichtig.

**Herr Schönemann** gab jedoch zu bedenken, dass man getroffene Beschlüsse umsetzen muss. Aus seiner Sicht sei Herrn Ottos Forderung durchaus verständlich.

Weitere Fragen und Informationen gab es nicht.

## **6 Beschlussfassungen**

### **6.1 Gesamtmaßnahmebeschluss Sanierung und Ausstattung der Sekundarschule "An der Biethe" einsch. Außenanlagen, Goethestraße 1 (Haus 1) in 06862 Dessau- Roßlau STARK III - 2. Förderperiode Vorlage: BV/411/2015/VI-65**

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, berichtete einleitend, dass das Projekt bereits in der ersten Förderperiode von STARK III begonnen wurde. Demnach wurde ein Teil bereits saniert und fertiggestellt. Das Gesamtkonzept ist jedoch nur schlüssig, wenn auch Haus 1 saniert wird. Deshalb wurde bereits frühzeitig zu Beginn der zweiten Förderperiode der Antrag auf Förderung gestellt.

Die Architektin Frau Schade und der Projektleiter Herr Kuschel von der Hyder Consulting GmbH stellten mit Hilfe einer Präsentation das Vorhaben vor. **Herr Kuschel** benannte zunächst die beteiligten Planer und Gutachter und informierte über die aktuelle und geplante Situation auf dem Schulgelände. **Frau Schade** zeigte auf, wie die Umbauten im Inneren des Gebäudes geplant sind.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, erkundigte sich nach den Besonderheiten im energetischen Bereich, auf die STARK III ja speziell abzielt. Hierzu gab **Herr Kuschel** an, dass es sowohl bauliche Veränderungen wie Dämmung und dreifach Verglasung als auch haustechnische Ertüchtigungen wie Beleuchtung, Lüftungsanlage und eine Pelletheizung geben werde. Weiterhin soll der Stromverbrauch erheblich gesenkt werden. Dabei wird stets der Kriterienkatalog von STARK III beachtet. Die Erreichung der Höchstpunktzahl in den einzelnen Kriterien wird insgesamt angestrebt. Hierzu gilt es im nächsten Schritt die Kosten zu optimieren.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, wollte wissen, ob die Pläne zur Fassadengestaltung bereits dem Beirat für Stadtgestaltung vorgestellt wurden. Dies ist noch nicht geschehen und sei einer der nächsten Schritte, so **Frau Schade**.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, begrüßte, dass hierdurch ein Projekt mit höchstem Standard im Ortsteil Roßlau entsteht.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

## **6.2 Haushaltssatzung 2016 Haushaltsplan 2016 Stellenplan 2016 Vorlage: BV/381/2015/II-20**

Einleitend erklärte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, dass in den Fachausschüssen die geplanten Projekte vorgestellt werden mit dem Ziel, die Stadträte zu informieren, was im Haushalt aufgenommen wurde und was nicht. Er gab jedoch den Hinweis des Dezernats für Finanzen weiter, dass der Haushalt in der jetzigen Planung ausgeglichen ist. Eventuelle Wünsche, etwas aufzunehmen würden deshalb Streichungen an anderen Stellen nach sich ziehen.

**Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen**, erläuterte die geplante Terminkette. Zunächst wird die Planung in den Fachausschüssen vorgestellt. Die Beratungsergebnisse werden zusammengefasst innerhalb der Verwaltung beraten. Nach Abstimmungen innerhalb der Fraktionen sollen dann Bereinigungssitzungen im Ausschuss für Finanzen sowie im Haupt- und Personalausschuss stattfinden. Angesichts dieser Fülle an Beratungen könne frühestens am 13.04.2016 im Stadtrat entschieden werden.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, stellte die Produkte ihres Amtes vor. Im Bereich Bauleitplanung und Maßnahmen der Stadtentwicklung gebe es keine Probleme. Bei den Maßnahmen nach besonderem Städtebaurecht finden sich einige Vorhaben noch nicht oder unvollständig abgebildet, wie beispielsweise die Instandsetzung der Kavaliertstraße 58-64 („Druschke“). Auch die Vermessung wird im Haushalt abgedeckt. Im Bereich Denkmalschutz und -pflege sind leider keine Mittel für die Beihilfen für private Denkmaleigentümer vorgesehen. Mit den eingestellten Mittel für die Herstellung und Pflege des öffentlichen Grüns wird man gut arbeiten können, so **Frau Jahn**.

Problematisch sah sie lediglich die Vorgaben des Masterplans Bauhausstadt für bauliche Tätigkeiten. Im Zuge dessen wurden wiederholt Projekte wie der Parkplatz Kornhaus, Umfeld Konsumgebäude und Vorgärten in der Siedlung Törten angemeldet, konnten aber bisher nicht in der Haushaltsplanung verankert werden.

**Frau Nußbeck** gab an, dass verschiedene Teilprojekte des Masterplans noch einmal diskutiert werden müssten – auch mit der Stiftung Bauhaus Dessau. Insgesamt müssten die Aktualität des Masterplans Bauhausstadt und Prioritäten neu geklärt werden.

Man hatte sich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt darauf geeinigt, alle offenen Maßnahmen des Masterplans, die für 2016 relevant sind, in einer Liste zusammenzufassen, um darüber sprechen zu können, so **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**. Es muss Klarheit über die baulichen Notwendigkeiten bestehen, bevor endgültig über den Haushalt entschieden wird.

Auf Nachfrage **Herrn Schönemanns**, wann man mit einer überarbeiteten Fassung rechnen könne, gab **Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur**, an, dass verschiedene Vertreter im Januar Termine mit Frau Dr. Perren haben. Spätestens bis zur Abstimmung des Haushalts werde man also darüber sprechen können.

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, erläuterte, dass ein Großteil des Budgets für die Betriebskosten der Gebäude, das Energiemanagement, die Bauunterhaltung und Reparaturen verwendet werden muss. Daneben gibt es die Projekte im Hochbau. Hierzu gehören in 2016 vorrangig das Georgium und die Schwimmhalle. Ein weiterer wichtiger Posten sind die Vorhaben im Zusammenhang mit STARK III. Probleme mit den eingestellten Mitteln gibt es aus Sicht von **Herrn Bekierz** nicht.

**Herr Kuras** wandte daraufhin ein, dass für die Inbetriebnahme des Georgiums 2,3 Mio. EUR fehlen. **Frau Nußbeck** bestätigte dies und gab an, dass bisher noch unklar sei, woher diese Mittel kommen sollen. **Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen**, erklärte, dass es mehrere Projekte in der Stadt gebe, die förderabhängig und in der Realisierung noch risikobehaftet seien.

Auf die Nachfrage **Herrn Schönemanns**, ob die Umsetzung trotzdem bis 2019 geschafft werden kann, meinte **Frau Nußbeck**, dies müsste oberstes Ziel sein. **Herr Bekierz** bat jedoch darum, realistisch zu bleiben und verneinte eine komplette Fertigstellung bis 2019. Mit viel Glück werde man bis dahin den dritten Bauabschnitt abschließen können. Für den Rest sei noch nicht mal eine Finanzierung gesichert.

**Herr Otto** wollte wissen, warum die Vorgaben des bisherigen Planers nicht ausreichend seien. Darauf gab **Herr Bekierz** an, dass ursprünglich eine Teilsanierung geplant war. Letztlich hatte der Stadtrat entschieden mit Eigenmitteln und Fördermitteln eine Generalsanierung durchzuführen, um die Sache dauerhaft abschließen zu können. Zwar möchte man versuchen, für den Abschluss des Vorhabens nur ein VOF-Verfahren zu initialisieren, um zumindest Kosten und Aufwand für zwei unabhängige Planungen zu sparen, dies könne aber nicht zugesichert werden, so **Herr Bekierz**. **Herr Kuras** gab weiterhin an, dass vom Land ein EF-RE-Förderprogramm „Kulturerbe“ angekündigt wurde.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erinnerte daran, dass bereits 2017 zwei Jubiläen stattfinden, die die Stadt herausfordern: das Lutherjahr und der 200. Todestag des Fürsten Franz. **Herr Dr. Melchior** warf jedoch ein, dass die Entscheidung zur gründlichen Sanierung des Georgiums notwendig und sinnvoll sei, da diese bereits seit vielen Jahren geplant war. Diese Ansicht teilte auch **Herr Schönemann**. Zudem war darüber lange und intensiv im Bauausschuss und im Stadtrat diskutiert worden.

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, gab an, dass mit dem Entwurf des Haushaltsplans die geplanten Investitionen abgedeckt und gesichert seien. Problematisch sei zum einen das Budget der Ortschaftsräte. Hierzu sollte von den Ortschaftsräten – in Abstimmung mit den Bürgern – eine Prioritätenliste erarbeitet werden, was noch nicht erfolgt ist. Deshalb fehlten die konkreten Maßnahmen, so dass eine pauschale Aufnahme von 100.000 EUR für die Kämmerei nicht akzeptabel war.

**Herr Schönemann** gab an, dass am 21.01.2016 eine Zusammenkunft der Ortsbürgermeister stattfinden wird, bei der Abstimmungen erfolgen sollen. Trotzdem bedarf es seiner Meinung nach einer Begleitung des Prozesses durch das Tiefbauamt und einer Kommunikation gegenüber den Bürgern.

**Herr Pfefferkorn** gab weiterhin an, dass das Objekt Zerbster Brücke im Haushaltsentwurf fehlt. Das Objekt sei jedoch baufällig und müsse dringend in Angriff genommen werden. Das Tiefbauamt plant hierfür 10.000 EUR ein, steht aber noch in Verhandlungen mit der Kämmerei. Eventuell können auch nicht verbrauchte Eigenmittel aus 2015 dafür genutzt werden.

**Herrn Dr. Melchior** war im Haushaltsentwurf der Hinweis auf das Dorferneuerungsprogramm LEADER aufgefallen. Er fragte, ob eine Finanzierung der Projekte in den Ortschaften darüber möglich sei. **Frau Jahn** gab an, dass vier Projekte bereits dafür geplant seien und eine Anmeldung vorbereitet wird.

**Herr Meier** begrüßte die Pläne für die Zerbster Brücke. Er schlug vor, in diesem Zusammenhang die Ortsumfahrung Roßlau zu realisieren, denn dann müsste man nicht auf eine Behelfsbrücke zurückgreifen. **Herr Pfefferkorn** hielt eine Umsetzung beider Maßnahmen für unwahrscheinlich.

Im Bereich der Personalplanung sei das Tiefbauamt ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt, so **Herr Pfefferkorn**. Seit 2005 sei ein massiver Personalrückgang mit Hinweis auf den Rückgang der Investitionen zu verzeichnen. Angesichts der aktuellen Projekte seien die Kapazitäten jedoch nicht mehr ausreichend. Man stehe derzeit in Verhandlungen mit dem Personalamt. Auf die Nachfrage **Herrn Schönemanns**, ob hier Konsens bestehe, antworte **Frau Nußbeck**, dass das Dezernat für Finanzen in der Vergangenheit stets angehalten wurde, Personalkosten einzusparen, dann jedoch immer wieder dafür kritisiert wird. Eine Forderung nach neuen Stellen laufe der Konsolidierung entgegen. **Herr Schönemann** sagte, dass es vor allem darum gehe, die Nachbesetzung zu beschleunigen. Stellen seien oft über lange Zeiträume unbesetzt.

**Herr Dr. Melchior** wollte wissen, ob eine Entlastung dadurch erreicht werden könne, sich Hilfe von Dritten zu holen. Auch das Tiefbauamt hatte diesen Gedanken verfolgt, leider sind die Aufgaben sehr speziell, so dass es schwierig sein wird Experten zu finden, die gleichzeitig im Sinne der Stadt handeln, meinte **Herr Pfefferkorn**. Vor allem gelte es die Grundausstattung an Fachbedarf zu decken, bekräftigte **Herr Schönemann**. **Frau Schlonski** gab weiterhin an, dass man sehr vorsichtig sein müsse, Tätigkeiten nach außen zu geben. Gerade bei sehr komplexen Aufgaben, bei denen es verschiedene Verwaltungen zu verknüpfen gilt, besteht schnell die Gefahr das Externe die Aufgabe einfach abgeben und der Aufwand sich potenziert.

Auf **Frau Schlonskis** Nachfrage, welche Aufgaben auf wie viele Mitarbeiter fielen, gab **Frau Jung, Tiefbauamt**, an, dass ein Sachgebietsleiter und zwei Mitarbeiter für die Fachplanung zuständig seien und den derzeitigen Arbeitsaufwand nicht bewältigen könnten. **Herr Meister** bekräftigte dies. **Herr Otto** vertrat jedoch die Meinung, dass einige der genannten Projekte gar nicht bearbeitet würden und mahnte eine Strukturierung der inneren Organisation an.

**Herr Pfefferkorn** berichte noch über die Mittel für den Unterhalt der Infrastruktur. Hier gab es seit 2015 250.000 EUR Aufstockung. Damit konnten einige Projekte umfassend umgesetzt werden. Auch im diesjährigen Haushaltsansatz finden sich diese Mittel in Teilsummen wieder.

**Herr Schwabe, Fraktion der CDU**, wollte wissen, ob das Geld für die Unterhaltung der Lichtsignalanlagen ausreichend ist. **Frau Jung** bestätigte dies.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Abstimmung über die Vorlage wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

### **6.3        Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 und Folgejahre Vorlage: BV/382/2015/II-20**

**Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen**, gab an, dass einige Punkte, die ursprünglich Bestandteil der Konsolidierung sein sollten, als undurchführbar abgewiesen wurden. Nun gelte es, neue Wege zu finden.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Abstimmung über die Vorlage wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, unterbrach die Sitzung für eine kurze Pause.

**Von 19:05 Uhr bis 19:10 Uhr wurde eine Sitzungspause eingelegt.**

### **6.4        Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplan Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" eingegangenen Stellungnahmen Vorlage: BV/399/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 1**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

### **6.5        Abwägung der im Rahmen der 5. Änderung des Flächennutzungsplans - Stadtteil Dessau - eingegangenen Stellungnahmen Vorlage: BV/400/2015/VI-61**

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, gab an, dass die folgenden vier Beschlussvorlagen sich alle mit der geplanten Errichtung einer Bioabfall-Verwertungsanlage im Bereich der ehemaligen Deponie „Scherbelberg“ beschäftigen und somit im Zusammenhang betrachtet werden können.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erkundigte sich nach der Bewertung der Geruchsemmission. Nach seiner Meinung werden für die unmittelbar angrenzenden Betriebe unzulässige Bedingungen geschaffen. Auch eine Umlegung der Wasserstoffleitung sei aus seiner Sicht notwendig. Ob dann allerdings die Wirtschaftlichkeit noch gegeben ist, sei fraglich.

**Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, bemühte sich zunächst, die Problematik der Wasserstoffleitung zu klären. Dem Bebauungsplan (B-Plan) liegt ein Maßnahmebeschluss aus 2012 zugrunde. Der Eigenbetrieb Stadtpflege hatte sich als Vorhabenträger sehr intensiv mit der Thematik befasst. Diese Entscheidung des Stadtrats diene dem Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste als Grundlage für die Notwendigkeit der Umverlegung. Sollte die wirtschaftliche Notwendigkeit nicht mehr gegeben sein, hätte man jederzeit die Möglichkeit, hinter den Festsetzungen des B-Plans zurückbleiben.

Der Bereich, in dem Geruchsbelästigung möglich ist, wird durch die Bauschutt-Recycling-Anlage genutzt, so **Herr Schmidt**. Gespräche mit der unteren Emmissionsschutzbehörde und dem Umweltamt hatten ergeben, dass hier keine beeinträchtigende Wirkung für die Betriebsabläufe erwartet wird. Tatsächlich fänden dort hauptsächlich Lagertätigkeiten mit speziell verschlossenen und klimatisierten Fahrzeugen statt. Alle Beteiligten sollen durch den B-Plan ausreichend auf die Gegebenheiten hingewiesen werden, um die Gestaltung ihrer innerbetrieblichen Abläufe entsprechend anpassen zu können.

**Herr Dr. Melchior** hatte Zweifel daran, ob nicht auch das „Echterhoff-Gebäude“ betroffen sei. Zudem sei das Gelände für eine Ausbreitungsrechnung schwierig, so dass er die ermittelten Werte für unsicher halte. **Herr Schmidt** gab an, dass man keinen Anlass habe, die Gutachten in Zweifel zu ziehen.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fragte nach, ob der Gastronomiebereich des Sonnenköpfe e.V. betroffen sei. Während **Herr Schmidt** dies verneinte, meinte **Herr Dr. Melchior**, dass man dessen nicht sicher sein könne. Er ist betroffen, aber die Werte werden nicht überschritten.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, gab an, dass man das Projekt schon längere Zeit im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege begleitet hätte. Nun gäbe es jedoch innerhalb der Fraktion Zweifel an der Wirtschaftlichkeit.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, gab jedoch zu bedenken, dass der Prozess bereits seit längerer Zeit laufe. Man solle vor allem bedenken, dass die Gebühren für die Bürger erheblich gesenkt werden könnten. Zudem falle genügend Material für das Betreiben der Anlage an. Zwar dürfe man Menschen keinen Gefahren aussetzen, aber wenn die ansässige Firma keinen Konflikt zu ihrem Arbeitsablauf sieht, dann stehe einer Umsetzung des Projekts nichts entgegen.

**Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, wollte wissen, ob hier nur von einer Geruchsbelästigung oder auch von einer Gefährdung zu sprechen sei. Herr Dr. Melchior bestätigte, dass keine Gefahr vorliege.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste,** wies noch einmal explizit darauf hin, dass selbst das Landesamt für Verbraucherschutz keine Einwände hatte.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 2**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

- 6.6      Feststellungsbeschluss zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau für die Errichtung einer Bioabfall-Verwertungsanlage im Bereich der ehemaligen Deponie ("Scherbelberg")**  
**Vorlage: BV/401/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 2**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

- 6.7      Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A2) an der ehemaligen Deponie" eingegangenen Stellungnahmen**  
**Vorlage: BV/402/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 2**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**6.8            Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte", Teilgebiet (A2) an der ehemaligen Deponie  
Vorlage: BV/403/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 2**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**6.9            Festlegung der Förderprojekte für die Antragsstellung  
STARK III EFRE und STARK III ELER und Finanzierung der Entwurfs-  
planungen  
Vorlage: BV/397/2015/VI-65**

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, berichtete auf Wunsch der Ausschussmitglieder anhand von Präsentationen über das Antragsverfahren, Auswahlverfahren und Stand der Förderrichtlinien.

**Herr Bekierz** erläuterte die wesentlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Förderprogrammen. Anschließend zeigte er die Programmziele, die verschiedenen Auswahlkriterien und deren jeweilige Wichtung auf. Zusätzlich dazu können Bonuspunkte gesammelt werden, die in die Summe der erreichten Gesamtpunktzahl eingehen und somit die Auswahl begünstigen können.

Danach wurde der Entwurf der Förderrichtlinien noch einmal vorgestellt. So werden beispielsweise nur bestehende und weiterhin bestandssichere Einrichtungen gefördert. **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, wollte wissen, ob hier eine Fördermittelbindung vorliegt, also ob man die sanierten Gebäude nie einer anderen Verwendung zuführen könne. Dies könne so noch nicht beantwortet werden, so **Herr Bekierz**.

Im Antragsverfahren wird es drei Runden geben; die Anträge müssen jeweils vollständig eingereicht werden, so **Herr Bekierz**. Das heißt, die Vorentwurfsplanung muss abgeschlossen sein. Zudem wird der Abschluss einer Maßnahme innerhalb von 36 Monaten nach Zuwendungsbescheid verlangt, obwohl erfahrungsgemäß große Bauvorhaben in der Regel mindestens 4 Jahre dauern.

Die ursprünglich 29 geplanten Projekte mussten deshalb auf sieben reduziert werden, da ansonsten bereits für die Vorplanung ca. 6 Mio. EUR Eigenmittel notwendig gewesen wären. Die Auswahl hätte hierbei nach der Leistbarkeit stattgefunden. Nach diesem Stand werden etwa 1,7 Mio. EUR Planungskosten anfallen. Auf Nachfrage **Herrn Meiers**, ob man diese Eigenmittel wieder bekäme, gab **Herr Bekierz** an, dass sie als Bestandteil der Projektkosten mit 70 % gefördert werden, sofern ein Projekt als förderfähig eingestuft wird.

**Herr Bekierz** wies zudem darauf hin, dass keine Einrichtungen der DEKITA berücksichtigt werden konnten. Für diese zeichne der Eigenbetrieb selbst verantwortlich.

**Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, wies darauf hin, dass eine Sanierung der Objekte ohnehin geplant sei. Somit sei aus ihrer Sicht auch eine Entwurfsplanung unabdingbar und nicht unnütz veranlasst. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, unterstütze diese Meinung, man müsse jedoch die finanziellen Kapazitäten der Stadt berücksichtigen. Letzteres unterstrich auch **Herr Schwabe, Fraktion der CDU**. Nach seiner Ansicht müsse man sich auf die Auswahlkriterien konzentrieren und ermitteln, welche Projekte die größten Chancen haben.

**Herr Bekierz** mahnte jedoch, dass ein Risiko bleibe. Man müsse die VOF-Verfahren und Vorplanungen jetzt beginnen, obwohl die erste Antragsrunde erst Mitte des Jahres beginnt und man keinerlei Erfahrungswerte einbeziehen könne.

**Herr Meier** erkundigte sich, wie die Vorhaben im Haushaltsentwurf abgebildet seien. Ursprünglich waren STARK III-Projekte im Haushalt über eine Kreditaufnahme vorgesehen, so **Herr Bekierz**. Jedoch sei die Vorfinanzierung nicht auf diese Weise möglich, da ein Kredit erst genehmigt wird, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist. Hierfür sollen nun Eigenmittel verwendet werden, die in anderen Projekten bis zum Erhalt von Zuwendungsbescheiden noch nicht verwendbar sind und vorübergehend mit einer Haushaltssperre belegt werden. Die Kämmerei hätte dem zugestimmt. Insgesamt entstehen hierdurch jedoch haushalterische Probleme.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, fragte erneut nach dem Nutzen der Vorplanungen. Herr Bekierz bestätigte den Nutzen. Allerdings seien auf Grund der energetischen Ansprüche bei STARK III die Vorplanungen um 10 bis 15 % umfangreicher, als sie es wären, wenn sie aus Eigenmitteln finanziert werden müssten.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, hielt es zudem für sehr unwahrscheinlich, dass man noch in diesem Jahr einen Zuwendungsbescheid erhalte. Somit würden Mittel blockiert, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden. Diese Befürchtung teilte **Herr Bekierz**.

**Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, wollte wissen, wie mit den Objekten aus Anlage 2 der Beschlussvorlage verfahren wird, die nicht in den jeweiligen Antragsrunden enthalten sind. Diese bleiben weiterhin im mittelfristigen Investitionsplan, so **Herr Bekierz**.

**Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, erkundigte sich wie viel Prozent der verfügbaren Fördermittel die geplanten Maßnahmen umfassen, denn aus seiner Sicht dienen die strengen Richtlinien weitestgehend dazu, die Zahl der Bewerber einzugrenzen. Von den 360 Mio. EUR würden etwa 20 Mio. EUR beantragt, so Herr Bekierz. Zudem wollte **Herr Dr. Reck** wissen, ob es bereits Überlegungen gibt, auch Investitionen für förderfähige Kultureinrichtungen zu tätigen. Bisher sei dies noch nicht der Fall, so **Herr Bekierz**.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**6.10 6. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau für den Ersatzneubau Schwimmhalle mit Ausgleichsflächen/Abwägungs- und Feststellungsbeschluss**  
**Vorlage: BV/428/2015/VI-61**

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, gab an, dass die Abwägungsvorschläge bereits vorab an das Landesverwaltungsamt gesandt wurden. Dort habe man eine Änderung in der Begründung verlangt. Die geänderte Vorlage werde im Stadtrat am 27.01.2016 eingebracht. Da es sich hierbei lediglich um erklärende Ergänzungen handelte, zeigten sich die Ausschussmitglieder mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, äußerte sein Unverständnis darüber, dass westlich des Kühnauer Parks langfristig der Rückbau des Deiches angestrebt wird. **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, gab an, dass diese Maßnahme nicht relevant sei. **Frau Jahn** versprach, den Sachverhalt bis zur Sitzung des Stadtrats zu klären.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 20.15 Uhr geschlossen.

**9 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:25 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 23.02.16

---

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführer